

Änderungsantrag 27

Marie-Christine Vergiat, Barbara Spinelli, Javier Couso Permuy, Paloma López Bermejo, Marina Albiol Guzmán, Ángela Vallina, Lidia Senra Rodríguez, Dimitrios Papadimoulis, Kostas Chrysogonos, Kostadinka Kuneva, Stelios Kouloglou, Sofia Sakorafa, Patrick Le Hyaric, Martina Michels, Marisa Matias, Tania González Peñas, Rina Ronja Kari
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag**B8-0442/2016****Kati Piri**

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

Entschließungsantrag**Ziffer 32***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

32. bedauert zutiefst, dass mehr als 1000 Wissenschaftler, die eine Petition mit einem Friedensappell unterzeichnet haben, eingeschüchtert und strafrechtlich verfolgt werden; weist darauf hin, dass die Personen, die für den Tod des Rechtsanwalts Tahir Elçi, der sich sein ganzes Leben lang für den Frieden und die Menschenrechte eingesetzt hat, verantwortlich sind, vor Gericht gestellt werden müssen; ist ernsthaft besorgt über die Ermittlungen der Justiz, die sich vornehmlich gegen HDP-Mitglieder richten, über die nach wie vor andauernde Inhaftierung und Amtsenthebung von Bürgermeistern, darunter 25 stellvertretende Bürgermeister, und über die Drohungen gegen zahlreiche kurdische Politiker;

32. bedauert zutiefst, dass mehr als 1000 Wissenschaftler, die eine Petition mit einem Friedensappell unterzeichnet haben, eingeschüchtert und strafrechtlich verfolgt werden; ***fordert in diesem Zusammenhang die Freilassung der Inhaftierten und verurteilt die Verhängung von Einzelhaft gegen Prof. Muzaffer Kaya, Kivanç Ersoy und Esra Mungan-Gürsoy***; weist darauf hin, dass die Personen, die für den Tod des Rechtsanwalts Tahir Elçi, der sich sein ganzes Leben lang für den Frieden und die Menschenrechte eingesetzt hat, verantwortlich sind, vor Gericht gestellt werden müssen; ist ernsthaft besorgt über die Ermittlungen der Justiz, die sich vornehmlich gegen HDP-Mitglieder richten, über die nach wie vor andauernde Inhaftierung und Amtsenthebung von Bürgermeistern, darunter 25 stellvertretende Bürgermeister, und über die Drohungen gegen zahlreiche kurdische Politiker;

Or. en

Änderungsantrag 28

Takis Hadjigeorgiou, Neoklis Sylikiotis, Barbara Spinelli, Javier Couso Permuy, Paloma López Bermejo, Marina Albiol Guzmán, Ángela Vallina, Lidia Senra Rodríguez, Kostadinka Kuneva, Sofia Sakorafa, Patrick Le Hyaric, Marisa Matias, Tania González Peñas, João Pimenta Lopes, Martina Michels
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag**B8-0442/2016****Kati Piri**

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

Entschließungsantrag**Ziffer 38***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

38. **begrüßt** die am 29. November 2015 erfolgte Inkraftsetzung des Gemeinsamen Aktionsplans der EU und der Türkei zur Flüchtlingshilfe und Migrationssteuerung **als Teil einer umfassenden Agenda für eine auf geteilter Verantwortung, gegenseitigen Verpflichtungen und deren Erfüllung beruhenden Zusammenarbeit und bekräftigt, dass dieser Aktionsplan unverzüglich umgesetzt werden muss**; betont, dass die Zusammenarbeit EU-Türkei im Bereich Migration nicht an den Zeitplan, den Inhalt und die Bedingungen des Verhandlungsprozesses gekoppelt sein sollte; ist der Ansicht, dass eine Auslagerung der Flüchtlingskrise in die Türkei keine glaubwürdige langfristige Lösung des Problems darstellt; fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, sich im Geiste der Teilung von Lasten und Verantwortung solidarisch zu zeigen, so dass die Zahl der Länder, die Flüchtlinge zur Neuansiedlung aufnehmen, steigt;

38. **bedauert** die am 29. November 2015 erfolgte Inkraftsetzung des Gemeinsamen Aktionsplans der EU und der Türkei zur Flüchtlingshilfe und Migrationssteuerung **und ist tief besorgt über die schnell ansteigende Zahl von Berichten darüber, dass die Menschenrechte von Flüchtlingen verletzt werden (Ausweisung, willkürliche Inhaftierung, fehlender rechtlicher Status)**; betont, dass die Zusammenarbeit EU-Türkei im Bereich Migration nicht an den Zeitplan, den Inhalt und die Bedingungen des Verhandlungsprozesses gekoppelt sein sollte; **bedauert, dass der Gemeinsame Aktionsplan der EU und der Türkei zur Flüchtlingshilfe und Migrationssteuerung der tatsächlichen Lage von Migranten und Flüchtlingen in der Türkei in keiner Weise gerecht wird, und weist darauf hin, dass er von internationalen Organisationen wie dem UNHCR und nichtstaatlichen Organisationen als nicht mit dem Unions- und Völkerrecht vereinbar abgelehnt wurde**; ist der Ansicht, dass eine Auslagerung der Flüchtlingskrise in die Türkei keine glaubwürdige langfristige Lösung des

Problems darstellt; ***betont vor diesem Hintergrund, dass die Zusammenarbeit in Migrationsfragen weder als Verhandlungsmasse eingesetzt noch allein von der Verschärfung der Grenzkontrollen oder dem Beitrittsprozess abhängig gemacht werden sollte, sondern dass sie vielmehr auch im Interesse der Migranten und Asylbewerber und der Anerkennung von deren Rechten erfolgen sollte***; fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, sich im Geiste der Teilung von Lasten und Verantwortung solidarisch zu zeigen, so dass die Zahl der Länder, die Flüchtlinge zur Neuansiedlung aufnehmen, steigt;

Or. en

Änderungsantrag 29

Barbara Spinelli, Javier Couso Permuy, Paloma López Bermejo, Marina Albiol Guzmán, Ángela Vallina, Dimitrios Papadimoulis, Kostas Chrysogonos, Kostadinka Kuneva, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Marisa Matias, Tania González Peñas, Martina Michels
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag**B8-0442/2016****Kati Piri**

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

Entschließungsantrag**Ziffer 41***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

41. erkennt an, dass die Türkei ihre Politik der offenen Grenzen für syrische Flüchtlinge bis vor kurzer Zeit weitergeführt hat; ***begrüßt das Inkrafttreten neuer Vorschriften im Rahmen der türkischen Visaregelungen, durch die bereits eine starke Abnahme der irregulären Grenzübertritte bewirkt wurde; betont jedoch, dass gegenüber Ländern, die Hauptquellen illegaler Migration sind, eine wesentlich strengere Visapolitik, die mit der Visapolitik der EU in Einklang steht, angewendet werden muss, um den Zufluss von Migranten, die keines internationalen Schutzes bedürfen, durch die Türkei nach Europa einzudämmen;*** betont, dass die Türkei umfassende Unterstützung benötigt, ***damit sie ihren Grenzschutz verbessern und verstärkt gegen Schleuser vorgehen kann;*** fordert die Türkei auf, gegenüber Menschenschleusern keine Toleranz walten zu lassen, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um deren Tätigkeit zu beenden, ***und den Strom von Migranten in Richtung auf die griechischen Inseln, der innerhalb der EU zu schwerwiegenden humanitären, politischen, sozialen und***

41. erkennt an, dass die Türkei ihre Politik der offenen Grenzen für syrische Flüchtlinge bis vor kurzer Zeit weitergeführt hat, ***und fordert, zu dieser Politik zurückzukehren;*** betont, dass die Türkei umfassende Unterstützung ***bei ihrem Vorgehen gegen Schleuser*** benötigt, ***und weist erneut darauf hin, dass dies vor allem dadurch erreicht werden kann, dass Flüchtlingen ein direkter legaler Zugang von der Türkei in die EU ermöglicht wird;*** fordert die Türkei auf, gegenüber Menschenschleusern keine Toleranz walten zu lassen ***und*** wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um deren Tätigkeit zu beenden; ***fordert nachdrücklich eine sofortige, umfassende und verpflichtende Neuansiedlungsregelung, bei der Flüchtlinge direkt aus der Türkei in EU-Mitgliedstaaten gebracht werden, wodurch auch die Gefahr, dass durch den Strom von Migranten in Richtung auf die griechischen Inseln Menschenleben auf See verlorengehen, verringert würde; legt der Türkei nahe, ihre Anstrengungen in Bezug auf Such- und Rettungsaktionen in ihren Hoheitsgewässern zu erhöhen, für***

sicherheitsbezogenen Problemen führt, zu stoppen; regt eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Türkei, Bulgarien und Griechenland bei den Such- und Rettungsaktionen im Ägäischen Meer an und fordert Frontex auf, der türkischen Küstenwache Unterstützung anzubieten und den bilateralen Austausch von Informationen *auszuweiten*; erkennt an, dass Maßnahmen gegen kriminelles Schleusertum nur gekoppelt mit der Öffnung sicherer und legaler Wege für Flüchtlinge und Asylbewerber in die Europäische Union wirksam sein können;

eine bessere Zusammenarbeit ihrer zuständigen Rettungsleitstellen mit denen Griechenlands zu sorgen und den bilateralen Austausch von Informationen *über Seenotfälle zu verstärken*; erkennt an, dass Maßnahmen gegen kriminelles Schleusertum nur gekoppelt mit der Öffnung sicherer und legaler Wege für Flüchtlinge und Asylbewerber in die Europäische Union wirksam sein können;

Or. en

11.4.2016

B8-0442/30

Änderungsantrag 30

Barbara Spinelli, Javier Couso Permuy, Paloma López Bermejo, Marina Albiol Guzmán, Ángela Vallina, Lidia Senra Rodríguez, Kostadinka Kuneva, Patrick Le Hyaric, Marisa Matias, Tania González Peñas, Rina Ronja Kari, Martina Michels
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag

B8-0442/2016

Kati Piri

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

Entschließungsantrag

Ziffer 41 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

41a. bedauert die Tatsache, dass die türkischen Behörden eine gewisse Anzahl von Syrern in ihr vom Krieg zerrüttetes Land zurückgeschickt haben; bedauert, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten in Erwägung ziehen, die Türkei auf eine Liste sogenannter sicherer Herkunftsstaaten zu setzen, insbesondere angesichts der sich verschlechternden Lage im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte, vor allem im Osten der Türkei, und hegt die Befürchtung, dass die Aufnahme in diese Liste das Recht von Männern und Frauen, die in der Türkei Repressionen ausgesetzt sind, Asyl zu beantragen, beeinträchtigen wird; bedauert, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten Druck auf die Türkei dahingehend ausüben, dass diese anderen Ländern gegenüber eine viel strengere Visapolitik anwenden möge;

Or. en

11.4.2016

B8-0442/31

Änderungsantrag 31

Marie-Christine Vergiat, Barbara Spinelli, Javier Couso Permuy, Paloma López Bermejo, Marina Albiol Guzmán, Ángela Vallina, Kostadinka Kuneva, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Dimitrios Papadimoulis, Kostas Chrysogonos, Martina Michels, Tania González Peñas
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag

B8-0442/2016

Kati Piri

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

Entschließungsantrag

Ziffer 43

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43. begrüßt, dass die türkischen Behörden und das UNHCR in der Türkei ihre Datenbanken für die Registrierung von Flüchtlingen durch Harmonisierung zu einem einzigen Registrierungssystem zusammenführen; *ist der Ansicht, dass dringend technische Wege gesucht werden sollten, diese Datenbank mit der EU-Datenbank für die Registrierung von Asylbewerbern (Eurodac) interoperabel und kompatibel zu machen; betont, dass es ebenfalls wichtig ist, dass Flüchtlinge, die die Türkei mit dem Ziel Europa verlassen, in der türkischen Datenbank gelöscht werden;*

43. begrüßt, dass die türkischen Behörden und das UNHCR in der Türkei ihre Datenbanken für die Registrierung von Flüchtlingen durch Harmonisierung zu einem einzigen Registrierungssystem zusammenführen;

Or. en

Änderungsantrag 32

Marie-Christine Vergiat, Barbara Spinelli, Javier Couso Permuy, Paloma López Bermejo, Marina Albiol Guzmán, Ángela Vallina, Lidia Senra Rodríguez, Dimitrios Papadimoulis, Kostas Chrysogonos, Kostadinka Kuneva, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Martina Michels, Tania González Peñas
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag**B8-0442/2016****Kati Piri**

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

Entschließungsantrag**Ziffer 44***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

44. betont, dass die Umsetzung des Rückübernahmeabkommens gegenüber sämtlichen Mitgliedstaaten für die EU von wesentlicher Bedeutung ist, da dies eine wirksamere Politik der Rückführung von Migranten ermöglichen würde, die keinen internationalen Schutz genießen; begrüßt die politische Einigung zwischen den beiden Parteien, die auf dem Gipfeltreffen EU-Türkei vom 29. November 2015 erzielt wurde, der zufolge das Rückübernahmeabkommen von Juni 2016 an in vollem Umfang anwendbar sein soll; fordert alle Parteien auf, die bestehenden bilateralen Rückübernahmeabkommen in vollem Umfang wirksam umzusetzen und sicherzustellen, dass die Grundrechte der rückgeführten Migranten uneingeschränkt geachtet werden;

44. bedauert den Abschluss des Rückübernahmeabkommens vom 1. Oktober 2014, das sich angesichts der Schwäche der Rechtsinstrumente, gemäß denen Migranten und Flüchtlingen in der Türkei Schutz gewährt wird, nur nachteilig auf die Bemühungen um offene legale Migrationswege und auf die Rechte von Migranten und Flüchtlingen auswirken kann; fordert, dass die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auf diesem Gebiet geachtet und umgesetzt werden, auch wenn sie sich auf Mitgliedstaaten beziehen;

Or. en

Änderungsantrag 33

Takis Hadjigeorgiou, Neoklis Sylikiotis, Barbara Spinelli, Javier Couso Permuy, Paloma López Bermejo, Marina Albiol Guzmán, Ángela Vallina, Lidia Senra Rodríguez, Dimitrios Papadimoulis, Kostas Chrysogonos, Kostadinka Kuneva, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Martina Michels, Tania González Peñas
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag**B8-0442/2016****Kati Piri**

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

Entschließungsantrag**Ziffer 45***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

45. fordert die Regierung auf, die im Fahrplan für die Visaliberalisierung aufgestellten Kriterien gegenüber allen Mitgliedstaaten in vollem Umfang und auf nichtdiskriminierende Weise zu erfüllen; bekräftigt, dass die Visaliberalisierung ***ein auf Verdiensten beruhendes Verfahren ist und dass eine visumfreie Reiseregulung für die Bürger der Türkei nur dann möglich ist, wenn die Standards erreicht worden sind***; ersucht die Kommission, für die Erfüllung der Auflagen des Fahrplans für die Visaliberalisierung mehr technische Unterstützung zur Verfügung zu stellen;

45. fordert die ***türkische*** Regierung auf, die im Fahrplan für die Visaliberalisierung aufgestellten Kriterien gegenüber allen Mitgliedstaaten in vollem Umfang und auf nichtdiskriminierende Weise zu erfüllen; bekräftigt, dass die Visaliberalisierung ***nicht von der Verschärfung der Grenzkontrollen abhängig gemacht werden kann, sondern im Rahmen der Umsetzung des allgemeinen Rechts auf Freizügigkeit ein Ziel an sich darstellt***; ersucht die Kommission, für die Erfüllung der Auflagen des Fahrplans für die Visaliberalisierung mehr technische Unterstützung zur Verfügung zu stellen;

Or. en

Änderungsantrag 34

Takis Hadjigeorgiou, Neoklis Sylikiotis, Paloma López Bermejo, Barbara Spinelli, Marina Albiol Guzmán, Dimitrios Papadimoulis, Kostas Chrysogonos, Kostadinka Kuneva, Stelios Kouloglou, Martina Michels, Marisa Matias, Tania González Peñas, Lidia Senra Rodríguez, Javier Couso Permuy, Ángela Vallina, Sofia Sakorafa

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag**B8-0442/2016****Kati Piri**

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

Entschließungsantrag**Ziffer 52***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

52. begrüßt die Initiative des Präsidenten der Republik Zypern, Nikos Anastasiades, das Türkische in den Rang einer Amtssprache der EU zu erheben, und fordert die Parteien auf, diesen Prozess zu beschleunigen; weist darauf hin, dass die Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands der EU im künftigen türkisch-zyprischen Gliedstaat nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung zur Streitbeilegung bereits im Vorfeld gut vorbereitet werden muss; begrüßt in diesem Zusammenhang die Einrichtung des gemeinsamen Ad-hoc-Komitees beider Volksgruppen für die Vorbereitung auf die EU; fordert *sowohl das Europäische Parlament als auch* die Kommission auf, ihre Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit den türkischen Zypern bei der Vorbereitung der vollständigen *Integration in die* EU zu verstärken; regt an, dass der Präsident des Europäischen Parlaments im Falle einer Einigung die notwendigen Schritte ergreift;

52. begrüßt die Initiative des Präsidenten der Republik Zypern, Nikos Anastasiades, das Türkische in den Rang einer Amtssprache der EU zu erheben, und fordert die Parteien auf, diesen Prozess zu beschleunigen; weist darauf hin, dass die Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands der EU im künftigen türkisch-zyprischen Gliedstaat nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung zur Streitbeilegung bereits im Vorfeld gut vorbereitet werden muss; begrüßt in diesem Zusammenhang die Einrichtung des gemeinsamen Ad-hoc-Komitees beider Volksgruppen für die Vorbereitung auf die EU; fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit den türkischen Zypern bei der Vorbereitung der vollständigen *Harmonisierung mit der EU im Rahmen einer umfassenden Lösung* zu verstärken; regt an, dass der Präsident des Europäischen Parlaments im Falle einer Einigung die notwendigen Schritte ergreift;

Or. en

